

Kapitel 8: **Diskurs und Praxis der kommunalen Wohnungspolitik**

Eine Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Wirtschaftsordnung strebt die Sozialdemokratie weder im Staat noch in der Stadt Wien zu irgendeinem Zeitpunkt ernsthaft an. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs hält sie die rasche Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaftsweise für alternativlos. Nur in ihrer Rhetorik erweckt sie noch eine Zeit lang den Eindruck, längerfristig eine »sozialistische« Gesellschaft aufzubauen zu wollen, ohne zu erklären, wie dies auf evolutionärem Weg geschehen könnte.¹ Auf dem Parteitag vom 31. Oktober bis zum 3. November 1918 nennt Otto Bauer, unter Karl Seitz zweiter Vorsitzender der SDAPÖ, drei Etappen der Regierungspolitik: erstens die Errichtung und Konsolidierung der *Nationalstaaten* auf dem Gebiet der ehemaligen Donaumonarchie, zweitens die Realisierung der *parlamentarischen Demokratie*, aus der, drittens, mit der erhofften Mehrheit der Wählerstimmen eine *sozialistische Gesellschaftsordnung* zu entwickeln sei.² In den Monaten vor und nach Ausrufung der Republik am 12. November 1918 widerspricht dem eine revolutionär gesinnte Gruppierung von Arbeiterrinnen und Arbeitern, heimgekehrten Soldaten und Arbeitslosen, die für die Direktwahl von Räten und die »Sozialisierung« der Schwerindustrie, der Lebensmittelindustrie, des Lebensmittelgroßhandels und der privaten Miethäuser plädiert. Otto Bauer, der einer »Sozialisierungskommission« seiner Partei vorsitzt, um diese Forderungen zu prüfen, kommentiert dies 1924 im Rückblick und schon mit dem Wissen um das rasche Ende der Räterepubliken in Ungarn und Bayern.

»In den Winter- und Frühjahrsmonaten 1919, in der Zeit der großen Kämpfe um Rätediktatur und Sozialisierung in Deutschland, in der Zeit der Rätediktatur in Ungarn, drängten die Massen auch in Deutschösterreich nach der Sozialisierung der Privatin- dustrie und auch wir konnten nicht voraussehen, ob nicht Siege der Sozialisierungs-

¹ Vgl. Maren Seliger, Sozialdemokratie und Kommunalpolitik in Wien. Zu einigen Aspekten sozialdemokratischer Politik in der Vor- und Zwischenkriegszeit, Wien/München 1980.

² Arbeiterzeitung vom 2.11.1918, 1ff.; vgl. auch das Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten in Wien vom 31. Oktober bis zum 3. November 1919, Wien 1920.

bewegung in den Nachbarstaaten auch in unserem Lande die Sozialisierung einzelner Zweige der Produktion möglich und notwendig machen werde(n).«³

Unmittelbar vor den Gemeinderats-Wahlen im Mai 1919 erwägt der Direktor der *Länderbank*, Hugo Breitner, der die Funktion des amtsführenden Stadtrats für Finanzen in Wien übernimmt, die Sozialisierung des Lebensmittelhandels und von privat errichteten Miethäusern und Baugründen. Die Gemeinde Wien habe die

»Verteilung der Lebensmittel und aller wichtigsten Gebrauchsartikel in ihrer Hand zu vereinigen. Das erst wird die Handhabe bieten, die Existenzbedingungen aller Bewohner erträglich zu gestalten [...] für die endgültige Gesundung von der ausschlaggebendsten Bedeutung sei die Überführung *des gesamten Haus- und Bodenbesitzes* in das Eigentum der Gemeinde hervorgehoben.«⁴

Vier Wochen nach dem Wahlerfolg der Sozialdemokraten erklärt Breitner diesen Plan für undurchführbar. Nun argumentiert er pragmatisch: Die Kommunalisierung würde keine Einnahmen für die Gemeinde erbringen, sondern hohe finanzielle Belastungen. Die Mieten würden nicht mehr von privaten Hausherren, sondern von der Gemeinde kassiert. Doch hätte die Gemeinde etwa 40.000 Hausbesorger*innen und Hausverwalter in den Gemeindedienst aufzunehmen.⁵

Otto Bauer und Hugo Breitner setzen auf niedrige Mieten für kommunale Wohnungen, die auch den Anstieg der Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt dämpfen sollen.⁶ Tatsächlich sinkt der Mietanteil am monatlichen Haushaltsbudget deutlich. Die Rückzahlung der erforderlichen Kredite für die Errichtung der Gemeindebauten wird von der Stadt bzw. vom Land Wien übernommen und *nicht* anteilig auf die Mieten aufgeschlagen. Der frei werdende Teil des Haushaltseinkommens soll von den Bürger*innen für bessere Ernährung und Gesundheit und für Freizeit- und Bildungszwecke ausgegeben werden.

8.1 Stadtrat Hugo Breitner und die Gemeindesteuern

Die von großen Unternehmen betriebene Rationalisierung der kapitalistischen Produktionsweise und die Stärkung der Kaufkraft, die kommunale Reform der schulischen und beruflichen Bildung, die Modernisierung des Gesundheitswesens, der Aufbau einer Familienfürsorge und der kommunale Wohnungsbau bilden zusammen ein beeindruckendes, *fordistisches und biopolitisches* Programm. Die dafür notwendige Finanzpolitik liegt in

3 Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923. In: Otto Bauer Werkausgabe, Bd. 2, Wien 1976, 489–866.

4 Hugo Breitner, Die Finanzlage der Stadt Wien. Fünfhundert Millionen Defizit per 1919/20. In: Der Sozialdemokrat 5 (1919), 1–4, hier 3.

5 Rudolf Gerlich, Sozialisierung in der 1. Republik, phil. Dissertation, 2 Bände, Wien 1975.

6 Ich folge Maren Seliger, Sozialdemokratie und Kommunalpolitik in Wien. Zu einigen Aspekten sozialdemokratischer Politik in der Vor- und Zwischenkriegszeit, Wien/München 1980.

den Händen von Hugo Breitner.⁷ Er wird als Sohn eines aus Budapest zugewanderten Getreidehändlers in Wien geboren. Nach Absolvierung einer Handelsakademie wird er Mitarbeiter und 1917 Direktor der *Länderbank*. Am Ende des Ersten Weltkriegs trägt er sich mit dem Gedanken, eine politische Partei für Beamte und Angestellte zu gründen, lässt diesen Plan aber fallen und tritt in die sozialdemokratische Partei ein. 1919 wird er in den Wiener Gemeinderat gewählt. Im selben Jahr lässt er sich von der *Länderbank* vorzeitig pensionieren und übernimmt die Funktion des amtsführenden Stadtrats für Finanzwesen im Stadtsenat, der Wiener Stadtregierung.

Mit der in der Verfassung von 1920 vorgesehenen und am 1. Jänner 1922 in Kraft tretenden Trennung Wiens von Niederösterreich wird die Metropole ein eigenes Bundesland und hat damit Anspruch auf einen Teil der Bundessteuern und die Möglichkeit, neue Landes- bzw. Gemeindesteuern einzuführen. Breitner stellt sein finanzökonomisches Geschick in den Dienst des sozialdemokratischen Regierungsprogramms. Die größten Kapitel des Gemeindebudgets betreffen die Wohnbau-, Gesundheits-, Familien- und Fürsorgepolitik.⁸

Kein anderes Regierungsmitglied wird von der christlich-sozialen Opposition so heftig angegriffen wie der Bankier, Jude und amtsführende Stadtrat für Finanzen. Christlichsoziale und rechtsextreme Politiker vermischen antisemitische, rassistische, antizionistische und antikapitalistische Motive, wie es ihnen gefällt. Beispielsweise erklärt Ernst Rüdiger (Fürst von) Starhemberg unmittelbar vor den Wahlen zum Gemeinderat 1919: »Den Wienern werde ich ein gutes Rezept für den Wahlkampf geben: Sie sollen die Wahlschlacht im Zeichen Breitners führen. Nur wenn der Kopf dieses Asiaten in den Sand rollt, wird der Sieg unser sein.«⁹

Indirekte Massensteuern ergänzt Breitner durch direkte Steuern auf Vermögen. Einige Steuern werden als ›Luxussteuern‹ bezeichnet, um deutlich zu machen, dass die breite Bevölkerung von ihnen nicht betroffen ist. So wird die Haltung von Hauspersonal (Dienstmädchen, Kutscher, Chauffeure etc.), der Besitz von Kraftwagen, Pferden und Rassehunden besteuert. Steuern auf Vergnügungen wie die berühmten Wiener Bälle werden ebenfalls zu den Luxussteuern gezählt. Unter den Betriebs- und Verkehrssteuern hat vor allem die *Fürsorgeabgabe* kommunalwirtschaftliches Gewicht. Aus ihrem Aufkommen wird das Fürsorgesystem finanziert. Die bekannteste Wiener Gemeindesteuer ist gewiss die Wohnbausteuer. Sie wird ab 1. Februar 1923 eingehoben und finanziert neben Bankkrediten mit langer Laufzeit, für deren Rückzahlung die Stadt haftet, die Errichtung der Gemeindebauten ab diesem Zeitpunkt. Die Wohnbausteuer belastet die Besitzer von Großwohnungen und von leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokalen.¹⁰

7 Hugo Breitner (1873–1946). Vgl. Wolfgang Fritz, »Der Kopf des Asiaten Breitner«. Politik und Ökonomie im Roten Wien. Hugo Breitner. Leben und Werk, Wien 2000.

8 Vgl. Felix Czeike, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien 1919–1934, 2 Teile. Wien 1958/59.

9 Vgl. Wolfgang Fritz, »Der Kopf des Asiaten Breitner«. Politik und Ökonomie im Roten Wien. Hugo Breitner. Leben und Werk, Wien 2000.

10 Vgl. Felix Czeike, Wien. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik Hg., Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Graz u.a. 1983, 1049. Peter Eigner, Die Finanzpolitik des Roten Wien. In: Das Ro-

8.2 »Licht, Luft und Sonne«. Der Interdiskurs über den Gemeindebau

»...und ich hab halt wie zu einem Herrgott zu dem (Bürgermeister) Seitz aufgeschaut, und da hat der die Worte gebraucht: Licht, Luft und Sonne für unsere Kinder, also hat er die Gemeindebauten schon so gerühmt. Und da hab ich mir gedacht: Mein Gott, nur eine Gemeindewohnung möcht ich haben!«¹¹

Wie in den Kriegsjahren stagniert auch in der ersten Nachkriegszeit die private Bautätigkeit. Kapitalmangel, Vermögensverluste durch Inflation und Reallohn- und Kaufkraftverluste auf der Seite potenzieller Kunden bewirken eine Flaute im privatwirtschaftlichen Wohnungsbau. Darauf reagiert die Stadtregierung mit ihrem nach und nach entwickelten kommunalen Wohnbauprogramm. Von 1921 bis 1923 werden die ersten 4.000 Wohnungen gebaut. Ihre Finanzierung erfolgt noch aus Inlandsanleihen. Nach Einführung der Wohnbausteuer am 1. Februar 1923 und dem Beschluss eines fünfjährigen Wohnbauprogramms am 21. September 1923 kommt der kommunale Wohnungsbau erst so richtig in Schwung. Bis 1926 errichtet die Stadt aus den Erträgen der Wohnbausteuer weitere 25.000 Wohnungen. Im Oktober 1926 beschließt der Gemeinderat ein Zwischenprogramm. Aus den Mitteln der »produktiven Arbeitslosenfürsorge« werden 5.000 Wohnungen errichtet. Ein zweites Wohnbauprogramm beschließt der Gemeinderat 1927 und ermöglicht damit die Errichtung von weiteren 30.000 Wohnungen. Insgesamt werden von 1921 bis 1933 etwa 63.000 Gemeindewohnungen gebaut. Das entspricht ungefähr zehn Prozent des gesamten Wohnungsbestandes in Wien am Ende der Ersten Republik.¹² Nach einer groben Schätzung leben 1933 etwa 250.000 von 1,8 Millionen Bürger*innen Wiens in Gemeindebauten und in gemeindeeigenen Gartensiedlungen.

Die an der Planung und Realisierung beteiligten Baumeister, Architekt*innen und bildenden Künstler*innen¹³ beziehen sich zum einen auf Vorbilder aus dem 18. und 19. Jahrhundert, auf große Hofanlagen, die mit der Residenzfunktion Wiens und dem Hofquartierwesen verbunden sind, und auf geistliche Stifte (Heiligenkreuzerhof, Melkerhof, Schottenhof, Klosterneuburger Hof u.a.), zum anderen auf international diskutierte städtebauliche Konzepte des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die großflächig angelegte Raster vorsehen. Für einen kommunalen Wohnungsbau allerdings, der sich in die bestehende Baustuktur der Großstadt einpassen soll, auf Satelliten-Städte verzichten und Kahlschlag vermeiden will, liegt die blockartige Verbauung an bestehenden Ver-

te Wien 1919–1934. Ideen, Debatten, Praxis. Herausgegeben von Werner Michael Schwarz, Georg Spitaler, Elke Wikidal, Basel 2019, 42–49.

¹¹ Interview 18 mit Frieda Müller, geboren 1905 in Klosterneuburg bei Wien. Die Familie übersiedelt in ein »Parterre-Haus« eines Arztes in Heiligenstadt, Wien 18. Nach der Pflichtschule geht Anna als ungelernte Arbeiterin in eine Fabrik. Sie wohnt weiterhin bei den Eltern, mit denen sie im Dezember 1926 in eine Gemeindewohnung im Pestalozzi-Hof einzieht.

¹² Vgl. Felix Czeike, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien 1919–1934, 2 Bände, Wien 1958/59.

¹³ Ein Gesamtverzeichnis der Architekt*innen und bildenden Künstler*innen gibt Helmut Weihsmann, Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934, 2. Auflage, Wien 2002, 468ff.

kehrslinien wie etwa dem Gürtel nahe. Zunächst kommen vor allem Baugründe in Frage, die für die Stadtgemeinde erschwinglich sind oder sich schon in ihrem Besitz befinden. Die große Wohnanlage ist noch nicht zu finanzieren. Bis zur Einführung der Wohnbau- steuer 1923 muss sich das Stadtbauamt auf die Verbauung von Baulücken beschränken. Der Architekturtheoretiker Karl Mang bevorzugt das Konzept des geschlossenen, großen Gemeindebaus mit einem oder mehreren Innenhöfen, den die Opposition im Gemeinderat abfällig den »Superblock« nennt, ein Begriff, der später von der Architektur- geschichtsschreibung in einem positiven Sinn übernommen wird. Über die Lückenver- bauung zwischen 1919 und 1922 und später schreibt Mang kritisch:

»Im allgemeinen wurde das einfache städtebauliche Prinzip der Spätgründerzeit weitgeführt: der Metzleinstalerhof im 5. Wiener Gemeindebezirk, der Erdberger Hof im 3. Bezirk oder Karl Ehns Hof in der Balderichgasse (17. Bezirk), diese Bauten, zwischen 1919 und 1922 begonnen, zeigen noch den typischen Aufbau einer *kleinbürgerlichen* Wohnhausanlage: die Treppenhäuser von der Straße her zugänglich, blockhafter Charakter, enge Höfe, Einordnung in die bestehende Struktur. Der Unterschied lag lediglich in einem etwas verbesserten Grundriß (mit Waschgelegenheit und WC im Wohnungsver- band) gegenüber den ›Bassenahäusern‹ der Vorkriegszeit.«¹⁴

An dieser Stelle schiebe ich kurze Fallvignetten ein, die zeigen sollen, welche Bedürfnisse oder Notlagen junge Paare dazu bewegen, beim städtischen Wohnungsamt um die Zuteilung einer Gemeindebauwohnung anzusuchen.

Willi Horvath wird 1906 in Wien Ottakring geboren. Er ist der erstgeborene Sohn eines aus Ungarn zugewanderten Baufacharbeiters. Nach Volks- und Bürgerschule und mit einem sehr guten Abschluss-Zeugnis erhält er eine Lehrstelle in einem mittleren Industriebetrieb und erlernt den Beruf des Werkzeugschlossers. Wenige Wochen nach seiner ›Freisprechung‹ im Jahr 1923 wird er aus Kostengründen entlassen. Er verdingt sich als Bauarbeiter unter anderem auf der Baustelle des späteren Karl Marx-Hofes. Mit 24 Jahren heiratet er die Tochter eines angesehenen Tischlermeisters. Zunächst wohnt das Paar bei den Eltern der Frau in einer Zinshauswohnung, in der auch noch jüngere Geschwister der Frau wohnen. Dreizehn Personen wohnen in der Gangküche und in Zimmer und Kabinett. Willi Horvath und seine Frau Minna fühlen sich in vieler Hinsicht eingeschränkt und gehemmt. Sie suchen beim Wohnungsmamt um eine Gemeindewohnung an. Nach zwei Jahren sehnswürtigen Wartens wird dem jungen, noch kinderlosen Paar eine Einraumwohnung mit 21 Quadratmetern Grundfläche, Vorzimmer und WC und einer kleinen Kochnische zugewiesen. Diese Kleinwohnung erscheint dem Paar als »kleines Paradies«. Minna Horvath bringt in den folgenden Jahren zwei Kinder zur Welt. Ein erneutes Ansuchen beim Wohnungsmamt hat Erfolg. Der nun vierköpfigen Familie wird eine Gemeindewohnung mit 48 Quadratmetern (Vorzimmer und WC, Wohnküche, Zimmer und Kabinett) in der Ottakringer Thalhaimergasse zugewiesen.

Josepha Neutor ist die älteste Tochter eines Kleinbauernpaares mit sechs Kindern im niederösterreichischen Dorf Heiligenreich. Wie schon früher erzählt, fühlt sie sich

¹⁴ Karl Mang, Kommunaler Wohnbau in Wien 1919–1938. Tendenzen der städtebaulichen Einordnung und Anmerkungen zur Architektur. In: Zwischenkriegszeit. Wiener Kommunalpolitik 1918–1938, Wien 1980, 36. Meine Hervorhebungen.

von Eltern und Geschwistern schlecht behandelt und entscheidet sich zu einer heimlichen Flucht aus dem Elternhaus. Ohne ihre Eltern zu informieren packt sie ihre wenigen Habseligkeiten, geht zum Bahnhof und besteigt mit einer Bekannten einen Zug nach Wien. Diese Frau vermittelt ihr den ersten »Dienstposten«, dann wechselt Josepha in einen großbürgerlichen Haushalt. Lange zögert sie zu heiraten. Nach einem Überlegen wählt sie einen zwanzig Jahre älteren Angestellten einer Molkerei zum Ehemann. Das erste Jahr wohnt das Paar bei den Eltern des Mannes in einer Zinshauswohnung im Kabinett. Es teilt den schmalen Raum mit einem Bruder des Mannes. Josephas Schwiegermutter schlägt jeden Abend in der Küche ein Klappbett auf. Josephas Schwager kommt oft spät nachts betrunken nach Hause und weckt die Schlafenden.

»Es war furchtbar, kann ich Ihnen sagen. Da sind die zwei Betten gestanden und da die zwei Kästen, da sind die Fenster gewesen und da ist der Kachelofen gewesen, da ist sein Bett gestanden und da hat die Sau geschlafen – ich hab gesagt zu ihm Sau! wenn er heimkommen ist, wenn er so geräuspert und gespuckt hat – Na hörst denn gar nicht auf Du Sau?! hab ich oft gesagt zu ihm. Da hat er oft vom Bett raus gebrochen und sie (die Schwiegermutter) war eh schlecht auf die Fuß, aber sie ist aufgestanden und hat es aufgewaschen. Sag ich: Bleiben Sie liegen, waschen'S ihm nicht auf, der soll aufstehen!«¹⁵

Im Jänner 1927 bringt Josepha Neutor ihr erstes Kind zur Welt. Im Jahr darauf erhält die junge Familie auf ihr Ansuchen eine Gemeindewohnung an der Weißgerberlände (Landstraße, Wien 3) zugewiesen, »in einem Wohnblock mit neun Stiegen!«. Die Wohnung besteht aus einem kleinen Vorzimmer, der Wohnküche, einem Schlafzimmer und einem Kabinett. »Aber eine schöne große Küche!« betont Frau Neutor. Die Fenster des Zimmers und des Kabinetts gehen auf die Weißgerberlände, was Frau Neutor als großen Vorteil empfindet. Denn sie liebt es, von einem offenen Fenster das Geschehen auf der Straße zu beobachten. Sie pflegt die Wohnung, wie sie es in großbürgerlichen Haushalten gelernt und geübt hat. Etwa einmal im Monat kommt »der Herr Wohnungsinsektor« vorbei, um nach dem Rechten zu sehen. Josepha Neutor anerkennt seine Autorität, umso mehr als er ihre Fähigkeiten als Hausfrau lobt und damit ihren Ehrgeiz weckt.

»Ich hab die Wohnung so rein gehalten! Der Inspektor ist alleweil gekommen, alle Monate, der Wohnungsinsektor. Ja, der hat geschaut, ob die Türen und alles in Ordnung sind. Und der hat gesagt: Frau Neutor, was machen Sie, Sie haben den schönsten Boden vom ganzen Haus. [...] bin auch immer umeinander gerutscht (mit Filzpantoffeln auf dem Klebeparkett), ich hab eine Freude gehabt! Neue Möbel hab ich mir schon gekauft [...] derweil ich am Posten (als Dienstmädchen im Haus eines Getreidehändlers) war, ganz neue Möbel, die hab ich mir eingestellt gehabt in der Fabrik, da hab ich alle Monat 20 Schilling zahlen müssen dafür. [...] Mahagonymöbel, die hab ich heut noch [...] zwei Kästen sind das, eine Psyche, zwei Betten und Nachtkastl, die Nachtkastln mit so schönen Glasplatten, mit so dicken. Die Küche hab ich mir auch gekauft, alles weiß,

15 Interview 13 mit Josepha Neutor, geboren 1903 im Wiener Brigitta Spital, aufgewachsen bei einer Tante in Wien 18 und ab dem 6. Lebensjahr in einem Kleinhaus bei den Eltern in Heiligenkreuz, Niederösterreich.

ja. Die Abwasch war auch weiß. Und die Wasserleitung, so eine viereckige, eine größere war dort (gemeint ist ein viereckiges Spülbecken mit Wasserhahn). Und extra war noch ein Wasserhahn. Wenn ich die Kinder gebadet hab, hab ich nur den Schlauch an diesen Wasserhahn drangegeben und hab gleich die Sitz(bade)wanne eingelassen.«

Aus biopolitischer Sicht haben die Leistungen der Frauen als Hausfrauen und Mütter hohen Wert, denn von ihnen hängt die Gesundheit und die biologische Qualität des »Nachwuchses« ab. Einige Merkmale des Gemeindebaus heben offenkundig das Niveau der Hausarbeit der Frau, so die Einleitung von Strom, Gas und Wasser in die Wohnküche. Eine Teilung der Hausarbeit zwischen den Ehepartnern wird weder von den Planern noch von den Mieter*innen erwogen. Die vom Stadtbauamt beauftragten Architekten und Baumeister – bis auf Ella Briggs und Grete Lihotzky durchwegs Männer¹⁶ – gehen davon aus, dass die allermeisten jungen Mütter, wenn es wirtschaftlich möglich ist, nach der ersten Geburt keiner außerhäuslichen Erwerbsarbeit mehr nachgehen werden. Selbst die größten Gemeindewohnungen haben bis 1927 nur 48 qm mit Vorzimmer, WC, Wohnküche, Zimmer und Kabinett; nach 1927 haben sie 57 qm mit Vorzimmer und WC, Küche, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Kabinett. Diese Gemeindebauwohnungen sind ausdrücklich für den »Mittelstand« gedacht. Aber auch sie sind nach bürgerlichem Maßstab für Kleinfamilien mit nur zwei Kindern ausgelegt.¹⁷ Dreigenerationenfamilien ziehen nicht in den Gemeindebau ein. Die Eltern und Geschwister der jungen Eheleute bleiben in den Zinshauswohnungen zurück. Für alleinstehende und ledige Personen stehen nur relativ wenige kleine Wohnungen zur Vergabe. Bis 1927 haben sie 38 qm Grundfläche und Vorzimmer, WC, Wohnküche und Zimmer; nach 1927 nur noch 21 qm und Vorraum, WC, Zimmer mit Kochnische.¹⁸

In Höfen größerer und größerer Gemeindebauten werden städtische Kindergärten errichtet. Sie setzen die Kleinkinderpädagogik nach Maria Montessori nach bestem Wissen der Kindergärtnerinnen ein. Aber nicht alle Eltern frequentieren sie. Die Gründe dafür sind finanziell oder ideologisch oder eine Mischung aus beidem. Manche Männer halten ihre Ehefrauen »von Natur aus« für dazu bestimmt, ihre Kinder mindestens bis zum Schulalter allein zu versorgen. Wie sich Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen auf die Bewohner*innen auswirken, ist weder den Plänen der Architekten, noch den Eröffnungsreden der Kommunalpolitiker oder den Festschriften zu entnehmen. Auch in dieser Hinsicht ist die autobiographische Erzählung eine konkurrenzlose Quelle.

8.3 Die Fassade, die Wohnung und die Möblierung

Der erste Entwurf eines Gemeindebaus zeigt noch gar keine Innovationen. Der Privatarchitekt Robert Kalesa sieht für den später so bezeichneten Metzleinstaler Hof (1919/1920;

¹⁶ Vgl. das Verzeichnis der Architekten, bildenden Künstler und akademischen Bildhauer bei Helmut Weihsmann, Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934, 2. Auflage, Wien 2002, 468ff.

¹⁷ Hans Hautmann, Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919–1934, Wien 1980, 141f.

¹⁸ Ebd.

1923–1925) sehr lange Gänge mit Gangküchen und kleinen Zimmern und Halbzimmern vor. Es ist die pure Imitation des Zinshauses bei viel längeren Gängen und einer viel höheren Anzahl der Wohnungen je Stockwerk. Der Architektur-Historiker Karl Mang bemerkt dazu, der erste und ältere Teil zum Gürtel hin sei noch die bloße »Aneinanderreihung« von mehreren Zinshäusern. Die Stiegenhäuser werden unmittelbar von der Straße betreten und die Portale sind mit Nachahmungen des Wiener Jugendstils geschmückt.

1923 plant Hubert Gessner einen zweiten Gebäudeteil, der hinter dem ersten liegt und durch seine Form einen großen Innenhof entstehen lässt, in dem erstmals Fußwege zu den nun im Hof liegenden Stiegenhäusern führen – ein Prinzip, das in den folgenden Jahren in vielen Gemeindebauten zur Anwendung kommt. Hubert Gessner kann somit als Erfinder des Wiener Gemeindebaus in Hofform gelten. Die Fußwege durch den Innenhof führen die Mieter*innen zu „ihrer“ Stiege. In insgesamt 143 Wohnungen des neuen Teils und in allen folgenden Gemeindebauten wird die Stiege erstmals Teil der Wohnadresse. Aber auch die Straßenfassaden des ersten und des zweiten Teils des Metzleinstaler Hofes unterscheiden sich sehr. Der gesamte Bau wird somit ein Denkmal der Entwicklung vom Nachbau des Zinshauses hin zu einer mehr oder weniger eigenständigen Bauweise und Stilistik, die allerdings von Architekt zu Architekt, von Bauplatz zu Bauplatz und nach dem jeweiligen Ambiente erheblich variiert. Die große Zahl der im Roten Wien beschäftigten Architekten und die geringen Vorgaben des Wohnbauamtes führen zu einer stilistischen Vielfalt, die von Nachahmungen des Jugendstils über den Heimatstil bis zur Neuen Sachlichkeit und Stilelementen des Weimarer Bauhauses reicht. Die Vielfalt gilt insbesondere für die Außenansicht, während sich im Inneren der Wohnhäuser, auf den Stiegen und in den Wohnungen eine monotone Gleichförmigkeit breitmacht. Was die zeitgenössische und auch die heutige Kritik daran betrifft, finde ich bei Peter Gorsen ein kompromissbereites Resümee. Verfehlt finde ich nur seinen Begriff der »proletarisierten Kleinbürgerschicht«. Viel eher ist für die Mehrzahl der Mietparteien in Gemeindebauten durch die Verstetigung des Wohnens und die subjektive Aufwertung und Schließung der Wohnung (s.u.) von einem *Aufstieg* in die Kleinbürgerlichkeit zu sprechen. Ich betone, dass Kleinbürgerlichkeit in diesem Kontext keinerlei Abwertung bedeutet, sondern die freilich begrenzte Annäherung an die bürgerliche Wohn- und Lebensweise.

»Die Architekturentwicklung im Wiener kommunalen Wohnungsbau verlief allem Anschein nach weder ausschließlich funktionalistisch noch lediglich traditionalistisch. Sie verkörpert auch nicht einen willkürlichen Eklektizismus zwischen Sezessionsstil und neuer Sachlichkeit, sondern war auf weiten Strecken ein Produkt situationsbezogenen Bauens, das die lokalen ökonomischen, sozialen und technischen Möglichkeiten ebenso berücksichtigte wie die in sich widersprüchliche subjektive Bedürfnisentwicklung der proletarisierten Kleinbürgerschicht.«¹⁹

19 Peter Gorsen, Zur Dialektik des Funktionalismus heute. Das Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus im Wien der zwanziger Jahre. In: Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘. Herausgegeben von Jürgen Habermas, 2. Band: Politik und Kultur, 3. Auflage, Frankfurt a.M. 1979, 688–707, hier 704.

Die Architekten und Baumeister nähern sich vor allem in den Funktionen des Gemeindebaus dem bürgerlichen Miethaus an, freilich bei deutlich kleineren Wohnflächen, geringeren Raumhöhen und billigeren Materialien. Geht man auf einem der Fußwege durch den Hof zu einer der Stiegen und gelangt auf den ersten Treppenabsatz, steht man vor zwei oder drei weiß gestrichenen Türen. Ein winzig kleiner »Spion« erlaubt den Blick von innen nach außen. Die in Zinshäusern und Bassenahäusern übliche Praxis, die Gangküchentür einen Spalt offen zu halten, ist hier nicht mehr gegeben. Wie im bürgerlichen Miethaus ist die Klingel zu benutzen. Und erst wenn jemand von innen durch den Spion blickt, den Besucher erkennt oder den Besuch in einem kurzen Dialog akzeptiert, die Tür entriegelt und öffnet, kann der Besucher ein sehr kleines Vorzimmer betreten. Es funktioniert als Schleuse und als Raumverteiler. Aus dem halboffenen Wohnen im Zinshaus und im Bassenahaus wird ein Wohnen, das auf der Privatheit des Wohnens und des Familienlebens insistiert. *Lebenswichtige* Funktionen wie die Wasseraufnahme und der Wasserabfluss, Körper-Entleerung und Körperreinigung werden in die Wohnung verlegt – Voraussetzung und Folge der Schließung. Da es in den Wohnküchen nur kaltes Fließwasser gibt und Gasthermen noch nicht entwickelt sind, würde der feste Einbau einer Dusche oder einer Badewanne wenig Sinn machen. Der Entwurf einer abdeckbaren Badewanne, deren Abdeckung zu einer weiteren Arbeitsfläche für die anschließende Kochnische wird und von Grete Lihotzky entworfen wird, wird meines Wissens im Roten Wien nicht in Serie produziert. Zentrale Badeanlagen, meist im wärmetechnischen Verbund mit den Zentralwaschküchen, sollen leisten, was in der Wohnung aus Kosten- und Platzgründen noch nicht zu leisten ist. Im zweiten, 1925 fertiggestellten Bauteil des Metzleinstaler Hofes von Hubert Gessner stehen den Mieter*innen erstmals eine »Zentralbadeanstalt« unmittelbar neben einer »Zentralwäscherie«, ein Kindergarten, eine »Arbeiterbibliothek«, Klubräume und eine Werkstatt zur Verfügung.

Allerdings zeigen die mir vorliegenden autobiographischen Erzählungen: Erwachsene mit Babys und Kleinkindern – und das ist die große Mehrheit der Erstbezieher*innen – ziehen das Bad in der Wohnküche aus pragmatischen und anderen Gründen weiterhin vor. Wie im Zinshaus und im Bassenahaus holen sie Samstag Abend eine aus Blech gefertigte Sitzbadewanne oder den hölzernen Waschtrog aus dem Kellerabteil in die Küche, und nacheinander nehmen die Familienmitglieder darin ein Bad. Das Wasser wird im Wasserschiff des Herdes oder in einem großen Wassertopf auf der Herdplatte erwärmt. An normalen Wochentagen waschen Eltern und Kinder abends Gesicht, Arme und Hände, eventuell auch den Oberkörper in der Küche in einem Lavoir oder in der Spüle (»Abwasch«). So ist es auch im Bassenahaus, sieht man davon ab, dass das Wasser nicht mehr von der Bassena in die Küche geschleppt werden muss (s. Kapitel 6.5). Die Kinder baden zuerst. Erst wenn sie im Bett sind, baden nacheinander der Mann und die Frau. So vermeiden sie, von ihren Kindern nackt gesehen zu werden. In ihrer Schamhaftigkeit unterscheiden sich Gemeindebau-Bewohner*innen gewiss nicht von den Mieter*innen in Zins- und Bassenahäusern. Bedenkt man, dass die Zentralwaschküchen in den großen Gemeindebauten für Männer und Kinder Sperrgebiet sind (s.u. Kapitel 8.4), könnte es sein, dass ein gemeinsames Bad von Eltern und Kindern in der Badeanlage, die von der Wohnung oft weit entfernt ist und an die Zentralwaschküche angrenzt, da beide Einrichtungen von denselben Warmwasserspeichern versorgt werden, praktisch schwierig ist.

Wer bringt Kleinkinder nach dem Bad in die Wohnung zurück, um dann nochmals in die Badeanlage zurückzukehren, um selber zu baden?

Die Bewohner*innen, die ja fast alle aus Zinshäusern kommen, schwärmen von »hellen« und »sonnigen« Räumen. Da Wohnküche, Zimmer und Kabinett im Gemeindebau durchwegs über straßen- und hofseitige Außenfenster belichtet werden, sind sie trotz der geringeren Raumhöhe heller und besser belüftet als Wohnungen im Zinshaus und im modernen Bassenahaus.

1927 werden die für den Metzleinsthaler Hof erstmals entwickelten Grundrisse der Gemeinde-Wien-Type nochmals standardisiert. Neben der größten Type mit 58 Quadratmetern (Vorzimmer und WC, Wohnküche und zwei Zimmer) und der zweitgrößten mit 48 Quadratmetern (Vorzimmer und WC, Wohnküche, Zimmer und Kabinett) werden ab 1923 auch Wohnungen mit 38 Quadratmetern (Vorzimmer und WC, Küche und Zimmer) und die Einraum-Type mit 28 Quadratmetern gebaut. Letztere besteht aus einem winzigen Vorraum mit Zugang zum WC und einem multifunktionalen Wohnraum mit Kochnische. Diese kleinste Type wird weiterhin nur selten gebaut und an alleinstehende Personen und kinderlose Paare vergeben.

In den allermeisten Gemeindebauten finden sich Wohnküchen, nur im zweiten Wohnbauprogramm von 1927 sieht das Wohnbauamt für den »Mittelstand« auch kleine Küchen und dafür ein eigenes Wohnzimmer vor, das zugleich als Esszimmer dient. Die Möblierung der Wohnküche gleicht im Grunde jener der Wohnküche im modernen Zins- und Bassenahaus: Küchentisch, Sessel und Sitzbank sind, ob alt und gebraucht oder beim Einzug neu angeschafft, meistens aus Weichholz und weiß gestrichen. Im Oberteil der *Kredenz* (ein Zitat des Biedermeier), ebenfalls aus Weichholz und mit zwei Glastüren, steht das Geschirr aus Steingut oder aus Porzellan.

Anstelle des im Zinshaus üblichen Schiffbodens aus Weichholz, der einmal in der Woche ausgerieben wird und dessen Fugen bei jedem Schritt etwas Staub abgeben, ist in der Wohnküche des Gemeindebaus ein pflegeleichter Boden aus Linoleum verlegt (s. Abb. 19). Er ist viel leichter und rascher aufwischbar als der Schiffsboden. In Schlafräumen ist ein Klebeparkett verlegt. Die bedeutendste Innovation aber ist gewiss die Einleitung von Strom, Gas und (kaltem) Fließwasser in die Wohnküche.

Abb. 19: *Wohnküche. Margaretengürtel 90–98, später »Metzleinstaler Hof«, Margareten, Wien 5, Architekt Robert Kalesa.*



Die zunehmende funktionale Differenzierung und die räumliche Trennung von Raumteilen oder Räumen für das Kochen und andere Hausarbeit, für Essen, Wohnen und Schlafen ändern nichts an der Zuständigkeit der Frau oder einer Tochter für die Hausarbeit. Ob dann aber die Hausarbeit der Frau zu einer quasi-professionellen Arbeit aufgewertet wird, darf bezweifelt werden. Architekt*innen wie Bruno Taut und Grete Lihotzky²⁰ übertragen tayloristische, arbeitswissenschaftliche Grundsätze und Parameter auf die Arbeit der Hausfrau in der Küche und folgen damit dem tayloristischen Slogan *efficiency*. Sie wollen damit auch zu einer physiologisch richtigen Körperhaltung der Hausfrauen beitragen und Haltungsschäden vorbeugen. Die Trennung von Kochen und Wohnen führt zu einer Verkleinerung der Küche und eine Kochnische als Vorform der Frankfurter Küche von Grete Lihotzky soll die Wege der Hausfrau erheblich verkürzen.²¹ In den mir vorliegenden autobiographischen Erzählungen ist jedoch kein einziges Mal

20 Grete Lihotzky, Rationalisierung im Haushalt, in: Das neue Frankfurt, Heft 5, 1026f.

21 Vgl. Christine Frederick, The New Housekeeping, New York 1913, deutsch: Die rationelle Haushaltsführung, Berlin 1920.

von einer Frankfurter Küche die Rede. Ihrer Anschaffung stehen offenbar die relativ hohen Kosten entgegen, da die Bauteile in den 1920er und frühen 1930er Jahren noch nicht seriell gefertigt werden. Jede Kochnische und jede »Frankfurter Küche« muss von einem Tischler nach Maß angefertigt werden. Im zweiten Einküchenhaus auf der Schmelz (s. Kapitel 7.2.2), das ja in seinem Zubau auf Betreiben Breitners als Gemeindebau gilt, sind zwar Kochnischen in den Ein- und Zweiraum-Wohnungen eingerichtet, die an Lihotzkys Kochnische erinnern, aber nur mit einem einflämmigen Gaskocher (Réchaud) zum Aufwärmen von Speisen ausgestattet sind, da warme Speisen in der professionell betriebenen Zentralküche zubereitet, im Speisesaal eingenommen oder mit dem Speisenaufzug in die Wohnung transportiert werden.

8.4 Waschtag in der Zentralwäscherei

Da das Wäschewaschen in den Waschküchen der Zinshäuser als der körperlich schwerste Teil der Hausarbeit gilt, werde ich untersuchen, ob und in welcher Weise die teils mechanisierte, teils automatisierte »Zentralwäscherei« (auch »Gemeinschaftswäscherei«) in Gemeindebauten mit mehr als 300 Mietparteien die hier waschenden Frauen entlastet, wobei soziale, physische und psychische Aspekte gleichermaßen zu bedenken sind.

Jeder Frau steht im großen Gemeindebau mit einer oder mehreren Zentralwäschereien offiziell und nach der geltenden Waschordnung einmal im Monat eine genau definierte Waschzeit zu: der wie im Zinshaus so bezeichnete »Waschtag«. Er wird für ein Jahr im Voraus vom Waschmeister festgelegt. So wie in den Werkstätten der gewerblichen und industriellen Unternehmen angelernte Frauen von männlichen Meistern überwacht und angeleitet werden, kennt auch die taylorisierte Zentralwäscherei einen Meister. Für die beiden Zentralwäschereien im Karl Marx-Hof ist dies Herr Hubl. Er wohnt in der Anlage und ist ein Bediensteter der Gemeinde Wien. Er vermag sich leicht durchzusetzen, sind es doch viele Frauen aus ihrer früheren Lohnarbeit in einer Fabrik oder als Dienstmädchen in einem bürgerlichen Haushalt gewohnt, beaufsichtigt und korrigiert zu werden. Herr Hubl kann sogar etwas Englisch. Als der Herzog von Windsor mit einer Delegation im eben eröffneten Karl Marx-Hof vorbeischaut, besichtigt er auch die große Zentralwaschküche. Waschmeister Hubl beantwortet einige Fragen des Herzogs auf Englisch. Damit ist er im Karl Marx-Hof fortan eine Berühmtheit.

Die *Waschordnung* sieht die Beschäftigung von Lohnwässcherinnen nicht vor. Nur Hausfrauen, die im Gemeindebau wohnen, sollen die Zentralwäscherei benutzen. Kindern und Ehemännern oder Lebenspartnern ist der Eintritt verboten. Allerdings scheinen erwerbstätige Frauen und Ehefrauen von besser verdienenden Gemeindebediensteten, Akademikern und höheren Angestellten andere Frauen aus der Wohnanlage gegen Bezahlung für sich waschen zu lassen. Susanne Reppé zitiert eine von ihr nicht näher vorgestellte Frau.

»Jede Hauspartei hatte einen bestimmten Tag zum Waschen. Da gab's aber auch Parteien, die höher gestellt waren, die ›Sicher-Anstellten‹, wie die Straßenbahner, oder die, die mehr verdient haben. Da gab es Frauen, die ›Wässcherinnen‹, die sich vermietet

haben für andere Parteien zu waschen. Die haben dann quasi schon dazu gehört zur Waschküche. Die waren schon eine ständige Einrichtung.«²²

Wenn dies zutrifft und Hausfrauen gegen Geld in der Zentralwaschküche beschäftigt werden und es der Waschmeister zulässt, dann vielleicht deshalb, weil erwerbstätige Frauen bei ihm Waschzeit für ihre Helferinnen kaufen. Dies wäre ein weiterer Beleg dafür, dass normative Texte wie die Waschordnung oder die Hausordnung kein vollständiges Bild von der Praxis geben.

Fast alle Frauen, die in den Jahren 1929 und 1930 im Karl Marx-Hof einziehen und also Erstmieter*innen sind, kommen aus Zins- und Bassenhäusern und sind es gewohnt, ihre Waschzeiten mit Nachbarinnen oder mit dem Hausmeister oder der Hausmeisterin des Zinshauses abzusprechen. Ehemänner beheizen den mit Holz oder Kohle beheizten Waschkessel. Größere Kinder helfen am Waschtag mit und tragen die feuchte Wäsche zum Aufhängen in den Hof, und so fort. In der Zentralwaschküche der großen Gemeindebauten hingegen unterordnen sich Frauen der festgesetzten Waschzeit, der Kontrolle ihres Umgangs mit den Maschinen durch den Waschmeister und einem vorgegebenen Ablauf der einzelnen Arbeitsgänge, deren Dauer die Maschinen vorgeben. Der Ehemann, Großeltern oder Kinder dürfen die Zentralwaschküche nicht betreten. Die Hausfrau ist mit der Wäsche ihres Haushalts und ihrer Familie ganz allein. Deutlicher kann keine Hausarbeit einzig der Frau zugewiesen werden. Wie sehr ihr die Mechaniken und Maschinen dabei helfen, die Arbeit des Waschens, Trocknens und Bügeln allein zu bewältigen, wird sich zeigen.

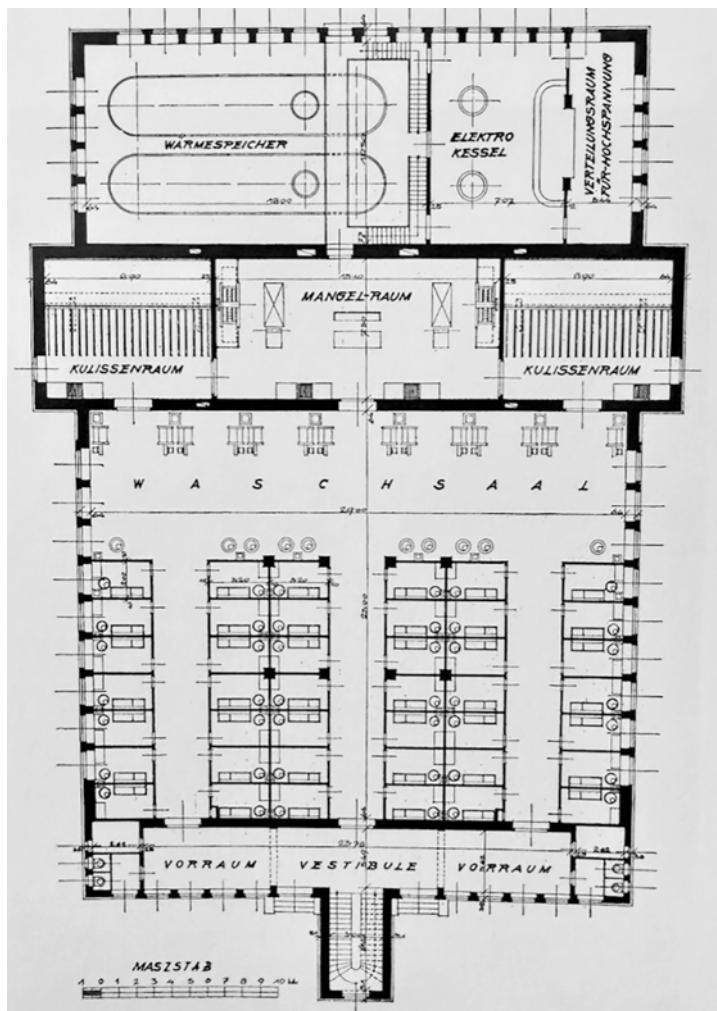
Der Karl Marx-Hof hat in jedem seiner beiden Innenhöfe eine Zentralwäscherei. In beiden Zentralwäschereien waschen Frauen aus insgesamt 1.382 Wohnungen. An einem Waschtag sind 21 Frauen in der kleinen und 42 Frauen in der großen Wäscherei eingeteilt, zusammen sind es 63 Frauen pro Tag. Für 1.382 Haushalte werden 22 Waschtagen im Monat benötigt. Zieht man die Sonntage ab, ergibt sich, dass jedem Haushalt und jeder Frau nur ein Waschtag im Monat zur Verfügung steht. Die Umstellung auf einen Monatsrhythmus bedeutet eine deutlich größere Menge an Wäsche, die an diesem einen Waschtag von der Hausfrau zu bewältigen ist. Zwischen den monatlichen Waschtagen »kleine Wäsche« in der Wohnküche zu waschen und die Wäsche anschließend im Freien, etwa auf der Loggia zum Trocknen aufzuhängen, ist nach der Hausordnung des Karl Marx-Hofes streng verboten. Wohnungsinspektoren lassen bei ihren Wegen durch die Anlage ihre Blicke über die Loggien schweifen und notieren dort aufgehängte Wäsche in einem schwarzen Büchlein. Wie Frau Sturm erzählt (s.u.), tut sie es trotzdem. Aber allein der Gedanke, erwischt, notiert und bestraft zu werden, lässt sie schlecht schlafen.

Der große Waschsaal im Karl Marx-Hof ist mit 42 »Waschständen« bestückt (s. Abb. 20). Jeder Waschstand hat einen betonierten Waschtrog mit kaltem und warmem Fließwasser. Am oberen Ende des Waschsaales stehen laut Plan und nach Erinnerung von Frau Schuberger acht Waschmaschinen für jeweils bis zu 20 Kilo weißer Wäsche. Buntwäsche darf nicht in die Waschmaschinen gegeben werden, da sie nur eine einzige,

22 Susanne Reppé, *Der Karl-Marx-Hof. Geschichte eines Gemeindebaus und seiner Bewohner*, Wien 1993, 56.

relativ hohe Temperaturstufe haben und Buntwäsche darunter leiden würde. Buntwäsche muss wie im Zinshaus im Waschtrog einige Stunden eingeweicht und dann händisch ausgewaschen werden. Vom Waschsaal führen Türen in »Kulissenräume« zum Trocknen der Wäsche und in den »Mangelraum«. Einen Bügelsaal wie Am Tivoli (Abb. 25) gibt es im Karl Marx-Hof nicht. Die technische Zentrale befindet sich im letzten Raum der Zentralwaschküche, der von den Frauen nicht betreten werden darf. Dort stehen zwei große Wärmespeicher und hohe »Elektrokessel«, die die Waschküche mit Heißwasser und Wasserdampf versorgen.

Abb. 20: Grundriss der großen Zentralwäscherei im Karl Marx-Hof.



8.4.1 Der Ablauf des Waschtags

Über den konkreten Ablauf der Arbeit in den beiden Zentralwäschereien des Karl Marx-Hofes berichten Theresia Sturm²³ und Anna Schuberger.²⁴ Mit den technischen Einrichtungen, mit der Regulierung der Abläufe und der Aufsicht des Herrn Waschmeisters kommen beide Frauen unterschiedlich zurecht. Die 1903 geborene Theresia Sturm bezieht 1929 mit ihrem Mann und drei kleinen Kindern eine Wohnung mit Küche, Zimmer und Kabinett im Karl Marx-Hof. Die Freude darüber ist groß, nur die Angst vor dem nächsten monatlichen Waschtag verfolgt die junge Frau bis in den Schlaf.

»Ich hab immer geträumt, ich werd nicht fertig mit der Wäsche. Und da hab ich Herzklagen und Bauchweh und alles gekriegt. Das war so lange Jahre, so lange ich hinunter (in die Gemeinschaftswäscherei) gegangen bin. Waschen, Aufhängen, Bügeln (an den Bügelmaschinen), Zusammenlegen. Das ist ein *Runterhasten*, da bin ich nicht fertig geworden, und ich bin mit der dreckigen Wäsche nach Hause gegangen, weil ichs nicht zusammengebracht hab, oje, das war was.«²⁵

Es ist weniger das Arbeitstempo, das ihr zu schaffen macht. Fabriksähnliche Strukturen sind Theresia Sturm nicht neu. Seit dem Ende ihrer Schulzeit und bis Kriegsende näht sie in einer Uniformfabrik unter hohem Zeitdruck Uniformteile. Dass sie im Haushalt und im Umgang mit Wäsche besonders ungeschickt wäre, scheint unwahrscheinlich. Und doch fällt ihr die Anpassung an die Abläufe in der Zentralwäscherei schwer. Sie findet einen naheliegenden, aber verbotenen Ausweg: Einmal in der Woche wäscht sie in der Küche in einem »Waschhäfen« die »kleine« Wäsche und hängt sie zum Trocknen auf der Loggia auf, unterhalb der Balustrade, damit sie der Wohnungsinspektor auf seinem Kontrollgang nicht sehen kann. Sie verstößt damit gegen die Waschordnung und gegen die Hausordnung. Beides macht sie nicht entspannter.

Ganz anders ergeht es der kinderlos bleibenden Maria Schuberger. In jungen Jahren ist sie Dienstmädchen in Marienbad und seit ihrer Heirat mit einem Chauffeur Hausfrau in Wien. Mit ihrem Ehemann bezieht sie 1929 eine Wohnung in dem eben fertiggestellten Teil des Karl Marx-Hofes. In zwei Gesprächen beschreibt sie den technischen Fortschritt und berichtet, wie die Arbeit organisiert ist. Ihren Bericht gebe ich hier ausführlich wieder, da er Details enthält, die in offiziellen Broschüren und in der Literatur zum Roten Wien nirgendwo zu lesen sind. Wie das Buch *Genesis* beginnt Frau Schuberger mit dem ersten Tag einer »göttlichen« Schöpfung, wenig später bringt aber auch sie einige Schwierigkeiten im Paradies zu Gehör.

»Vom ersten Tag an, ja ja, vom ersten Tag an haben wir in der Waschküche gewaschen. Wunder- wunderbar war ja die Waschküch! Wenn man denkt, wie man früher hat waschen müssen, und dann ist man *ins Paradies* gekommen. Ja, jeden Monat hat man *einen* Waschtag *nur* gekriegt. Für Familien (ohne Kinder oder mit einem oder zwei Kindern)

23 Interview 12 mit Theresia Sturm, geboren 1903 in Penzing, Wien 14.

24 Interview 1 mit Anna Schuberger, geboren 1897 in Müglitz, Mähren.

25 Interview 12 mit Theresia Sturm, geboren 1903 in Penzing, Wien 14.

hat das gereicht. Aber wenn Sie natürlich sechs Kinder gehabt haben, da haben sie sich können extra Stunden kaufen (!) Da hat man können sagen, Herr Waschmeister, wo ist frei, wann kann ich kommen. Es waren immer Kabinen frei. [...] Und eine (Maschine) war eine Windelmaschine, so hat sie geheißen, die war für die Frauen, die Kinder haben, zum Windelwaschen war immer eine frei. [...] Bei uns in der großen Waschküche (der größeren der beiden Zentralwäschereien im Karl Marx-Hof) haben wir 42 Kabinen gehabt. Und im unteren Trakt (Hof) war noch eine, die war ein bissl kleiner. Und mit der gebügelten (weißen und knopflosen) Wäsche ist man da nachhause gekommen. Das war schon ein großes Plus für die Frauen.«²⁶

Im Folgenden stellt sich heraus, dass viele Frauen am Vortag des ihnen zugeteilten Waschtags von 13.00 Uhr bis 15.30 Uhr die Wäsche zum Einweichen in die Waschküche bringen. Nicht alle machen davon Gebrauch. Möglicherweise geht Frau Sturms Problem, am Ende der offiziellen Waschzeit nicht fertig zu sein, darauf zurück, diese Möglichkeit mit drei Kleinkindern nicht nutzen zu können. Ihr Mann lehnt es aus wirtschaftlichen Gründen ab, die beiden größeren Kinder in den Kindergarten zu schicken. Frau Schuberger hingegen ist kinderlos, mit der Zeiteinteilung hat sie kein Problem. Manche Frauen, so berichtet sie, hätten so wie sie am Vortag auch gleich etwas von der Buntwäsche mit der Hand vorgewaschen. Der eigentliche Waschtag beginnt dann am folgenden Morgen um 7.15 Uhr und endet schon gegen 14 Uhr.

»Den Tag vorher hat man können von ein Uhr (nachmittags) bis halbvier die Wäsche einweichen kommen. Und da hat man natürlich auch gleich etwas färbige Wäsche gewaschen. Man hat heißes Wasser und Schwemmwasser gehabt, das Wasser ist gleich abgeflossen. Es war alles wunderbar. Und Trockenräume haben wir gehabt, so Trockenkulissen zum Hineinschieben. In fünf, sechs Minuten war die Wäsche trocken. Also man hat am Tag vorher eingeweicht und nächsten Tag in der Früh um Viertelacht (7.15 Uhr) hat man schon müssen drüber sein. Manche haben die Wäsche trocken gebracht, aber das hab ich nicht wollen, weil wenn man schon die Zeit hat zum Einweichen, weicht mans ein, weil es sind ja doch vier Wochen (zwischen den Waschtagen), und wenn ein Stück vier Wochen liegt, so ist es besser. So hat man also die Wäsche eingeweicht und am nächsten Tag in der Früh die Wäsche aus dem Trog genommen und in den Korb geschmissen und ist zur Waschmaschine gefahren. Da waren acht große Maschinen, so große, da haben zwanzig Kilo Wäsche Platz gehabt. Und da hab ich mit einer Maschine genug gehabt. Nur wenn ich Besuch gehabt hab und viel Bettwäsche gehabt hab, hab ich zwei Maschinen gehabt. Aber mehr als zwei hat man nicht gekriegt.

[...] Dann hat man die Wäsche rausgenommen und ist zur Zentrifuge (zu einer von 10 Zentrifugen) gegangen. In der Zentrifuge hat man die Wäsche ausgewunden (geschleudert), dass sie schon ziemlich trocken ist, das ganze Wasser heraußen ist. Und dann hat man sie auf die Kulissen gehängt, auf die Stangen, waren sechs, acht Strangen da drinnen in zwei Reihen bis hinauf (s. Abb. 23) Und dann ist man sitzengeblieben – waren Bänke drinnen – oder man hat viel färbige Wäsche gehabt, dann hat man müssen, während die Maschine läuft – eine ganze Stunde war die Wäsche in der Maschine –

26 Interview 1 mit Maria Schuberger, geboren 1897 in Müglitz, Mähren.

da hat man müssen die färbige Wäsche waschen, denn die hat man *nicht* in die Maschine geben können. [...] *Nur die weiße* hat man früher (in der Waschmaschine) waschen können. Derweil die getrocknet ist, hat man sich halt die färbige (mit der Hand) rausgewaschen. *Es war schon eine Hetzerei. Aber es war halt doch angenehm.* Die ganze weiße Wäsche, stellen Sie sich vor, das war schon eine große Hilfe.

Und dann waren die *Bügelmaschinen*, ein großer Galander für die Bettwäsche (s. Abb. 24). Da kann man die glatte Wäsche reinlegen und die läuft über acht Rollen, und auf der anderen Seite kommt sie gebügelt raus. Das woar scho a Gschicht! Die *glatte weiße* Wäsche: Handtücher, Taschentücher und Herrenunterhosen hat man auch bügeln können – *alles was keine Knöpfe hat.* Wo Knöpfe dran waren, die waren natürlich weg und ein Loch in der Wäsche natürlich [...] womöglich bei der nächsten Partei dann. Wissen Sie, die haben sich so angehängt die Scherben von den Perlmutternknöpfen, und das nächste Wäschestück hat die Knöpfe dann mitgenommen über acht Rollen und da war dann natürlich ein Loch drin. Dann waren noch die normalen (Bügel-)Maschinen mit einer Rolle, da ist der Knopf halt auf der anderen Seite hinausgeflogen, da hat er niemanden geschädigt. Um zwei Uhr war man gewöhnlich schon fertig mit der Wäsch, mit dem Bügeln und allem. Um zwei, manchmal um drei Uhr, je nachdem, wie viel Wäsche gewesen ist.«²⁷

In den beiden Zentralwäschereien des Karl Marx-Hofes gibt es keinen Bügelsaal – im Unterschied zur Anlage Am Tivoli (s. Abb. 25). Frau Sturm und Frau Schuberger bügeln die Wäsche mit Falten und Knöpfen, also alle Röcke, Hemden und Blusen, die Arbeitskleidung der Männer und so weiter, die sie nicht durch die Bügelmaschine (Galander) laufen lassen dürfen, mit dem Bügeleisen in der Wohnküche auf dem Küchentisch oder auf einem Bügelbrett. Die Aussage von Frau Sturm, sie habe vor dem Waschtag nicht schlafen können und sei mit der Wäsche oft nicht fertig geworden, und die Bemerkung von Frau Schuberger, es sei schon eine »Hetzerei« gewesen, werden durch weitere Aussagen bestätigt. Zu bedenken ist, dass beide Frauen keine außerhäusliche Lohnarbeit mehr verrichten. Die kinderlose Frau Schuberger kommt mit dem Zeitregime deutlich besser zu recht als Frau Sturm mit drei kleinen Kindern.

Wie schaffen es dann aber in Lohnarbeit stehende Frauen, Waschzeiten und Erwerbsarbeitszeiten aufeinander abzustimmen? Die Koordinierung der verschiedenen Arbeiten ist eines der gewichtigsten Probleme im Alltagsleben. Wie es scheint, sind erwerbstätige Frauen auf das Entgegenkommen des Waschmeisters Hubel angewiesen. Das Einweichen und das händische Waschen eines Teils der bunten Wäsche am Vortag und der eigentliche Waschtag von sieben Uhr früh bis um 14 oder spätestens 15 Uhr sind bei normalen Erwerbs-Arbeitszeiten nicht einzuhalten. Dass Frauen offiziell oder inoffiziell für gesonderte Waschzeiten bezahlen, bemerkt Frau Schuberger. Dass Frauen aus dem Haus inoffiziell für andere Frauen gegen Lohn waschen, behauptet eine anonyme Auskunftsperson von Susanne Reppé.²⁸ In Umfragen sprechen sich vor allem erwerbstätige Frauen gegen die Zentralwaschküchen aus. Käthe Leichter unternimmt

27 Ebd.

28 Susanne Reppé, Der Karl-Marx-Hof. Geschichte eines Gemeindebaus und seiner Bewohner, Wien 1993, 56.

im Auftrag der *Wiener Arbeiterkammer* um 1930 eine Studie über das Alltagsleben von Lohnarbeiterinnen.

»Auch gegen die Zentralwaschküche besteht *Widerstand*: [...] Ja, sogar die Bewohnerin eines Gemeindehauses spricht sich gegen die Zentralwaschküche, die im Hause besteht, aus: ›Weil man sich zu viel *abhetzt*.«²⁹

8.4.2 Weniger Plage, mehr Hektik und Stress

Die ambivalente Erfahrung der Frauen in den Zentralwäschereien erklärt sich aus der Entlastung von körperlicher Schwerarbeit durch Wasch- und Schleudermaschinen und mechanische Apparaturen wie die Trockenkulissen und Wäsche-Galander zum einen und aus der Beschleunigung des Arbeitsprozesses bei strenger Zeitüberwachung zum anderen.³⁰ Die Frauen stehen in ihren Waschständen und kommunizieren nur, wenn es unbedingt notwendig ist, oder ein Fotograph den Waschsaal betritt. Dieses Resümee widerspricht der These von Eve Blau, die Zentralwäschereien würden die Frauen aus der Einsamkeit der Hausarbeit befreien. Wenn Männern und Kindern das Betreten der Wäscherei-Anlage verboten ist und ein »Herr Waschmeister« die waschenden Frauen kontrolliert, macht das aus der Zentralwaschküche noch keinen öffentlichen Ort. Auch in der industriellen Werkstätte ist Angehörigen der Beschäftigten der Zutritt verboten. Die Geschwindigkeit der Arbeitsgänge wird durch Maschinen und Werkmeister reguliert. So ähnlich ist es auch in der zentralen Wäscherei. Die Anordnung der Maschinen in der Waschhalle, die Lichtführung durch raumhohe Fenster und die Elektrifizierung des Bügelraums am Tivoli, die Verfliesung der Wände in der großen Waschhalle im Karl Marx-Hof, der Arbeitsgang des Trocknens im Kulissenraum, die Benutzung der »Galander« für die knopflose Wäsche und so weiter folgen der fordertischen Rationalität der Planer und ihrer Leitkategorie Effizienz. Aber weder die Zentralwäscherei noch die moderne Fabrik ist deshalb ein *öffentlicher Ort*. Die Fabriksräume gehören dem Unternehmen, die Großwaschküchen der Stadtgemeinde. In beiden herrschen Arbeitsstress und Qualitätskontrolle. Der gravierendste Unterschied: Fabriksarbeiterinnen werden nach Tarifen bezahlt. Hier die etwas industrieromantisch gefärbte Einschätzung von Eve Blau im Wortlaut.

»[...] although the working-class woman who lived in the *Gemeindebauten* continued to perform domestic tasks largely unaided by labor-saving appliances, professional help, or spouse, she no longer labored hidden from public view. [...] the washing of laundry (the heaviest domestic labour) was no longer performed in isolation and unseen. To be sure, there were restrictions and sometimes intimidating supervision; but laundry was removed from the private space of the apartment to a communal space outside the home – a space, moreover, that was configured like the shop floor of a factory, that was

29 Käthe Leichter, *So leben wir. 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben*, Wien o.J. (1932), 86; meine Kursivierungen.

30 Grundlegend: Rosa Hartmut, *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne*, Frankfurt a.M. 2005.

shared with other women, and that was bright, centrally located and actually equipped with labour saving machinery.³¹

Abb. 21: »Wäscherei« Am Tivoli, Meidling, Wien 12, Fotoaufnahme ca. 1931.



Abb. 22: Zentralwaschküche, Sandleiten Hof, Ottakring, Wien 16, erbaut 1924–1928



31 Eve Blau, The Architecture of Red Vienna 1919–1934, Cambridge/Mass. 1999, 214f.

Abb. 23: Kulissenraum einer Wäscherei im Sandleiten-Hof um 1930. Postkarte.



Abb. 24: Mangelraum einer Wäscherei im Sandleiten-Hof um 1930. Postkarte.



Abb. 25: Bügelsaal Am Tivoli, Meidling, Wien 12, erster Bauabschnitt 1927/28; zweiter Bauabschnitt 1929/1930, Fotoaufnahme ca. 1931. Der Bügelsaal wird erst im zweiten Bauabschnitt errichtet.



8.5 Die Ordnung im Hof und auf den Stiegen

Entgegen den Festreden, die zur Eröffnung der Gemeindebauten von Stadtpolitikern gehalten werden, sind die Innenhöfe der Gemeindebauten kein Kinderparadies. Grünflächen dürfen Kinder nicht betreten, Wege und Bänke sollen stets sauber sein. Um Konflikte mit den Hausmeister*innen zu vermeiden, entschließen sich Mütter zu einer Praktik, die ihnen aus dem Zinshaus oder auch aus ihrer eigenen Kindheit am Land vertraut ist: Sie schicken ihre Kinder »hinaus aus dem Haus«, auf die Gasse, auf die Wiese, in den Wiener Wald. Andere, die schon seit ihrer Kindheit städtisch geprägt sind, scheuen davor zurück. Josepha Neutor, als Dienstmädchen im großbürgerlichen Haushalt eines wohlhabenden Getreidehändlers damit beauftragt, die Kinder der Herrschaft bei Spaziergängen keinen Augenblick aus den Augen zu lassen, *spaziert* mit ihren eigenen Kindern aus dem Gemeindebau an der Weißgerber Lände in die »freie Natur«.

»Nein, da sind wir lieber woanders hingegangen, weil die Hausmeister furchtbar viel geschaut haben. Da haben sie nicht dürfen laut reden, und das nicht und das nicht. Dass wir dem Verdruss *ausweichen*, bin ich zur Donau (zum nahen Donaukanal) runter-

gegangen mit den Kindern, oder nach hinten, da war so ein Berg und eine Wiese und ein paar Bäume.«³²

Hausmeisterinnen und Hausmeister halten Erwachsene und Kinder zu Disziplin und Sauberkeit an und schlagen mitunter auch scharfe Töne an. »Ach ja, die Hausmeister, die haben ihnen schon zusammenschimpfen können!«³³ »Ja, die waren sehr streng, die waren *bissig*, unsere Hausmeister. Die waren ekelhaft, die waren Krüppel, aber gegen alle, die haben sie im ganzen Haus nicht mögen.«³⁴ »Wenn die Hausmeisterin die Stiegen aufgewaschen hat und wir Kinder grad im Hof waren (und Durst hatten), durften wir nicht rauf (in die Wohnung) gehen. Da hat die Mutter dann über ein Schnürl eine Milchkanne mit Wasser runterlassen für uns Kinder.«³⁵

Früh morgens verlassen Familien an Sonntagen die städtische Wohnhausanlage. Sie tun dies in der Tradition des Sonntagsausflugs, aber auch, um Verdruss mit den Hausmeistern zu vermeiden, wie es Frau Neutor formuliert. Im Macht-Dispositiv des Gemeindebaus läuft ein Diskurs, der nicht nur die Hausordnung oder die Rede des Bürgermeisters, sondern auch die Kommunikation der Mieter*innen umfasst, die sich der Hausordnung unterwerfen oder aber sich ihr widersetzen. Auch die kleinen Formen der Resistenz sind nicht zu unterschätzen. Die Bewohner*innen folgen einem *Gemeinsinn* (*senso comune*, Gramsci), der die Regulierung des Wohnens durch die lokalen Autoritäten zuweilen als übermäßig und unangenehm und den gemeinsamen Ausflug am Wochenende als Flucht in eine kleine Freiheit empfindet, meist verbunden mit der Idee des Picknicks, die sich in allen sozialen Klassen und in vielen Kulturen seit Jahrhunderten nachweisen lässt.

»Da hab ich (am Vorabend) Schnitzel herausgebacken und wir sind zeitig in der Früh aufgebrochen, hab ich das alles hergerichtet, in so Blechdosen hinein und die haben wir mitgenommen, und den Kindern hab ich einen Tee gekocht zum Trinken, ein Kracherl (eine Limonade) haben sie auch gekriegt. Man hat sich gefreut, dass man hinauskommt mit den Kindern und seine Ruhe hat. Und dass man auch ein bissl reden kann mit den anderen, *wir sind ja immer mehrere Familien gewesen*.«³⁶

8.6 Die Hausfrau und der ruhebedürftige Ehemann

Zimmer und Kabinett (auch Halbzimmer) werden entweder gar nicht oder mit einem aus Blech oder Gusseisen gefertigten Ofen beheizt, der nach dem Markensymbol einer

32 Interview 18 mit Frieda Müller, geboren 1905 in Klosterneuburg bei Wien. Sie wohnt ab Dezember 1926 mit ihren Eltern im eben eröffneten Pestalozzihof in Döbling, Philippovichgasse 2–4, Ecke Billrothstraße 5, Döbling, Wien 19.

33 Ebd.

34 Interview 13 mit Josepha Neutor, geboren 1903 im Brigitta-Spital in Wien, aufgewachsen in Wien und im niederösterreichischen Dorf Heiligenreich.

35 Susanne Reppé, Der Karl-Marx-Hof. Geschichte eines Gemeindebaus und seiner Bewohner, Wien 1993, 93. Wie bei allen Zitaten aus ihren Gesprächen gibt Reppé die Namen der Erzähler*innen nicht an und enthält sich jeder expliziten Interpretation.

36 Interview 13 mit Josepha Neutor, geboren 1903 im Wiener Brigitta Spital.

Wiener Ofenfirma – einem Kücken – Piperlofen, oder wegen seiner rohrähnlichen Form Kanonenofen genannt wird. Er wird mit Koks beheizt. Eine geringe Menge Koks verglüht langsam durch Drosselung der Sauerstoffzufuhr und gibt über Stunden Wärme ab. Der Koks lagert in einem Kellerabteil und muss über das Stiegenhaus in die Wohnung getragen werden. Josepha Neutor holt ihn immer selber; von ihrem Mann will oder kann sie das nicht verlangen, denn

»...der ist zur Arbeit gegangen. Und wenn er heimgekommen ist, hat er sich hingesetzt. Ich hätt es auch gar nicht verlangt, weil er kein so ein Riese war, er war eh so ein Dürrling. Er setzte sich an den Küchentisch und las die Zeitung. Das war sein Einziges, und Zigaretten rauchen, da hat er sichs gemütlich gemacht.«³⁷

Nach der Heimkehr des erwerbstätigen Mannes, die im Gemeindebau genauso heikel ist wie im Zinshaus und im Bassenahaus, müssen Kinder ruhig sein, um den müden Vater nicht zu stören. Die Erzählungen darüber gleichen einander für das Zinshaus und für den Gemeindebau bis ins Detail. Die Vorrangstellung des Mannes wird symbolisch und interaktionell von allen beteiligten Personen hergestellt und anerkannt. Dass auch die Mutter den ganzen Tag gearbeitet hat und auch müde ist, wird hingegen kaum beachtet.

Theresia Sturms Ehemann ist gut zehn Jahre älter als sie. Als sie ihn kennenlernt, ist er bei der städtischen Berufsfeuerwehr, dann bei der »Sanität« (dem städtischen Rettungsdienst), zuletzt ist er Revisor am städtischen Gesundheitsamt. In seiner gesamten Berufslaufbahn genießt er kleine Privilegien wie das Monatsgehalt, den faktischen Kündigungsschutz und eine Pension für Gemeindebedienstete, aber auch das Ansehen und den Respekt der Kollegen im Amt und in der Öffentlichkeit. Als das Ehepaar Sturm 1929 noch vor der Eröffnung in den Karl Marx-Hof einzieht, hat es zwei Kinder. Die ihm zugeteilte Gemeindewohnung besteht aus einem kleinen Vorzimmer, einer Wohnküche, einem Schlafzimmer und einem Kabinett. Bald nach dem Einzug wird ein drittes Kind geboren. Spätestens nach der Geburt des dritten Kindes stellt sich die Frage, ob die ersten beiden Kinder in den Kindergarten im Karl Marx-Hof geschickt werden sollen.

»Mein Mann hat gesagt: Wir haben drei Kinder. Du hast mit den drei Kindern genug (zu tun). Wenn du jetzt arbeiten gehst, musst du wegzahlen. Du musst die Kinder wo in Obhut geben, du musst zahlen. Und wieviel verdienst du denn? Und was kannst du auf d' Nacht noch viel kochen? Jetzt hast du einen Zorn, bist überarbeitet, sollst dich hinstellen. Nein, sagt er, nein, auf das verzichten wir! Da essen wir lieber nur eine Fis solensuppe oder Erdäpfelsuppe und du bist daheim bei den Kindern!«³⁸

Neben dem vorausblickenden, oft über Jahre betriebenen Sparen der Frauen vor ihrer Eheschließung besteht die Möglichkeit der Ratenzahlung, um Möbel und Tisch- und Bettwäsche spätestens zum Zeitpunkt des Einzugs in den Gemeindebau anzuschaffen. Theresia Sturm, schwanger zum dritten Kind, kauft unmittelbar vor dem Einzug in den Karl Marx-Hof und wohl aus diesem Anlass eine Kredenz, einen Tisch und vier Sessel sowie einen Kasten für das Geschirr. Sie zahlt in Monatsraten. Möglicherweise erzwingt

37 Ebd.

38 Interview 12 mit Theresia Sturm, geboren 1903 in Penzing, Wien 14.

der nicht vorhersehbare Zeitpunkt der Zuweisung der Gemeindewohnung durch das Wohnungsamt ein so kurzfristiges Handeln.

»Na und natürlich, wie ich dann die Möbeln gekriegt hab, da war ich auch *glücklich*. Ich hab mir selbst gehäkelte Vorhänge gemacht, das mit den Möbeln hat eine Weile gedauert. So hab ich halt nur die Vorhänge gehabt. Aber das war die *eigene* Wohnung!«³⁹

Die »eigene Wohnung« ist für die erste Generation der Mieter*innen in Gemeindebauten zumeist ein Erstbezug und auch deshalb wunschbesetzter als der Einzug in die Wohnung eines Zinshauses, die bereits von vielen Vormietern abgewohnt ist. Obgleich auch die Gemeindebauwohnung eine Mietwohnung ist, die nie in das Eigentum der Mieter*innen übergeht, entsteht im Gemeindebau dennoch eine deutlich höhere Identifikation mit der Wohnung. Die niedrigeren Mieten lassen es erstmals möglich und sinnvoll erscheinen, in Vorhänge, Bettzeug, Möbel und Geschirr zu investieren.

Abb. 26: *Minna und Willi Horvath, 1928.*



Willi und Minna Horvath ziehen mit schon mehrfach übersiedelten und abgeschlagenen Weichholz-Möbeln in die Einraumwohnung eines Gemeindebaus in der Thalheimergasse in Ottakring ein. Sie fassen den Vorsatz, künftig jeden ersparten Schilling in neue Möbel zu investieren. Dafür verkauft Willi Horvath sogar sein geliebtes Motorrad (s. Abb. 26). Das Paar bekommt zwei Kinder und erhält auf seinen neuerlichen Antrag eine Gemeindewohnung mit Vorzimmer, Wohnküche, Zimmer und Kabinett zugewiesen. Damit sind Minna und Willi Horvath auf dem Gipfel ihrer Wohnräume angelangt.

8.7 Fazit

Der von den Mietern bewohnte, von Hausmeistern gereinigte und von Wohnungsinspektoren und Waschmeistern observierte Gemeindebau ist ein komplexes Macht-Dispositiv. Wo der offizielle biopolitische Plan und die Praxis der Bewohner*innen auseinanderfallen, imponiert sich kommunalpolitische Autorität. Ohne Zweifel reduzieren die Einleitung des Fließwassers, Strom und Gas in die Küche, das WC in der Wohnung, der Kindergarten in der Wohnanlage und die Maschinen in der Zentralwäscherei die körperlichen Belastungen und Mühen der Frauen. In der geplanten und von den Mieter*innen auch gewollten Verstetigung und Aufwertung des Wohnens liegen Emanzipationspotenziale. Für junge Familien mit kleinen Kindern eröffnet der Gemeindebau erstmals die Möglichkeit, sich von Eltern, Schwiegereltern und Großeltern unabhängiger zu machen. Aber es gibt auch Momente der Selbst-Unterwerfung. Wenn junge Mütter Schwierigkeiten haben, Haushalt und Kinderpflege zu vereinbaren und Eltern zu Hilfe rufen müssen – und das nicht nur an den Waschtagen – zeigt sich die Unterwerfung der Frauen unter das patriarchale Regime des Ehemanns und das paternalistische Regime der Stadtverwaltung. Geht es nach den führenden Köpfen der Sozialdemokratie, stehen im Gemeindebau keine dampfenden Töpfe mit Windeln mehr auf dem Küchenherd; auf der Loggia hängt keine Wäsche zum Trocknen. Die Hausarbeit bleibt für den Ehemann wie für den Wohnungsinspektor unsichtbar und wird doch von der Hausfrau ordentlich erledigt. So wünscht es der stellvertretende Parteivorsitzende Otto Bauer.⁴⁰ Im Frühjahr 1928 hält er eine Rede mit dem Titel »Mieterschutz, Volkskultur und Alkoholismus«.

»Der Kapitalismus hat die Arbeiter so sehr, um mit Lasalle zu reden, zu der ›verdammten Bedürfnislosigkeit‹ erzogen, dass sie gar nicht bemerkt haben, dass die ungeheure Mehrheit der Arbeiterschaft überhaupt noch nie etwas gehabt hat, was man eine Wohnung nennen könnte. Eine Schlafstelle haben die Arbeiter gehabt, aber keine Wohnung. Denn unter Wohnung verstehe ich etwas anderes als bloß ein schützendes Dach, unter dem man sich ins Bett legt. Unter Wohnung verstehe ich einen Raum, wo ich wohnen kann, das heißt: wo ich behaglich hausen kann, wo ich mich wohlfühlen kann, verstehe ich einen Raum, wo ich auch einmal allein sein kann, wo ich zum Beispiel in Ruhe ein Buch lesen kann. Man übertreibt durchaus nicht, wenn man sagt, dass 90 Prozent der Wiener Arbeiter eine Wohnung in diesem Sinne noch nie gehabt haben.«⁴¹

Otto Bauer wertet wie vor ihm schon Professor Philippovich und andere Experten die Wohnverhältnisse in den Zins- und Bassenhäusern privater Hausherren aus agitatorischen Gründen ab. Doch sind die von ihm gerühmten Gemeindewohnungen kaum größer als die Zinshauswohnungen. Ihr Vorteil liegt, wie gesagt, in der Einleitung von Wasser, Gas und Strom und in der Integration des WCs in die Wohnung. In einigen Details deckt sich Bauers Rede mit Erinnerungen von Bewohner*innen der Zinshäuser und der Gemeindebauten, aber nicht in allen. Da sich die in Zinshauswohnungen lebenden drei

⁴⁰ Otto Bauer, Mieterschutz, Volkskultur und Alkoholismus, Wien 1929, Rede, gehalten am 20.3.1928 in der Versammlung der Wiener Ortsgruppen des Arbeiter-Abstinentenbundes.

⁴¹ Ebd.

Generationen oft »nicht verstehen«, wie Bauer sagt, soll dieser Zustand durch den ehestmöglichen Auszug der Jungen und ihren Einzug in eine Gemeindebauwohnung beendet werden. In der Tat bestätigen viele der vorliegenden Erzählungen, dass junge Paare vor allem aus diesem Grund sehnstüchtig auf die Zuweisung einer Gemeindewohnung warten. Im Akt der amtlichen ›Zuweisung‹ durch das Wohnungsamt, in dem die betroffenen Bürger*innen keinerlei Mitsprache haben, in welchem Bezirk oder Viertel die Wohnung liegen oder wie groß sie sein wird, sehe ich ein weiteres paternalistisches Moment. Das Wohnungsamt entscheidet über Größe und Ausstattung der Wohnung und auch über den neuen Wohnort der Familie. Wie gezeigt, liegt er sehr oft weit außerhalb des vertrauten Stadtviertels, was den Aufbau neuer sozialer Netzwerke erforderlich macht.

In biopolitischer Sicht gilt die Kleinfamilie als die für die Reproduktion der Arbeitskräfte am besten geeignete Lebensform. Hingegen sei das Zusammenleben von drei Generationen in einem Haushalt, der eventuell auch noch Seitenverwandte aufnehmen muss, die längst unzeitgemäße Lebensform bürgerlicher und besitzloser Klassen auf dem Land. Nur im Diskurs der Christlichsozialen und noch mehr unter der austrofaschistischen Diktatur ab 1933/34 wird die Dreigenerationenfamilie als »Großfamilie« idealisiert. Der Wiener Sozialhistoriker Otto Brunner erhebt sie als »ganzes Haus«⁴² zum Ideal und Modell des konservativen und wenig später auch des faschistischen Staates. So wie im Bauernhaus das Bauernpaar mit seinen Kindern und seinem Gesinde friedfertig an einem Tisch sitze und aus einer Schüssel esse, sei in einem künftigen Staat jeder Klassenkampf ein für alle Mal auszulöschen.

Das Vergabesystem des städtischen Wohnungsamtes (das »Punktesystem«) kommt jungen Paaren mit Kindern deutlich entgegen. Tatsächlich bleiben Großeltern und erwachsene Geschwister, wie es Otto Bauer befürwortet – in den Zinshauswohnungen zurück. Mit ihnen wohnen oft noch ledige, erwachsene Kinder, oder Kinder mit ihren Lebenspartnern zusammen. Der kommunale Wohnungsbau ermöglicht also die ›Entflechtung‹ von Tausenden Drei-Generationen-Haushalten. Zweifellos gewinnen junge Paare und junge Kleinfamilien an Autonomie. Doch bleiben sie bei der Betreuung von Säuglingen und Kleinkindern weiterhin auf die Hilfe von Großeltern angewiesen. Säuglingspflege, Hausarbeit und Care-Arbeit werden unter dem Einfluss der Familienfürsorge und des Gesundheitssystems auf ein höheres Niveau gehoben und zur ersten Pflicht der jungen Mutter erklärt. Deren Kontrolle durch medizinische und psychologische Professionen setzt neue und höhere Maßstäbe der Biopolitik. Verfehlt jedoch eine junge Mutter die Ansprüche deutlich, setzen Maßnahmen der Familienfürsorge und der Fürsorgeerziehung ein (s. Kapitel 2), die bis zum Entzug des Sorgerechts und zur Abnahme eines Kindes oder aller Kinder einer Frau führen können. Gisela Bock und Barbara Duden gelangen aufgrund ähnlicher Beobachtungen zu folgender These: »Der Übergang von der frühen, pauperistischen Phase der Kapitalakkumulation [...] zum Reformkapitalismus

42 Zu Otto Brunners Idee vom Ganzen Haus vgl. Hans Derkx, Über die Faszination des »ganzen Hauses«. In: Hans Ulrich Wehler, Hg., Erweiterung der Sozialgeschichte, Geschichte und Gesellschaft 22 (1996) H.2, 221–242.

des 20. Jahrhunderts (ist) nur möglich auf Kosten der Frauen.«⁴³ Diese These, die der nai-ven Vorstellung vom ›Fortschritt für alle‹ widerspricht, soll im folgenden Kapitel durch die empirische Rekonstruktion und Analyse des Familienlebens im Zinshaus und im Ge-meindebau geprüft werden.

43 Gisela Bock, Barbara Duden, Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Berlin 1977, 118–199, hier 177.

